



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Rechte indigener Bevölkerung schützen – ILO-169-Übereinkommen ratifizieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich der Initiative aus Bremen im Bundesrat bezüglich der „Ratifizierung des ILO-169-Übereinkommens“ anzuschließen.

Begründung:

Das ILO-169-Übereinkommen ist das einzige internationale Vertragswerk, das einen umfassenden Schutz der Rechte indigener Bevölkerung zum Gegenstand hat. Es ist die Grundlage zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie des Gesundheits- und Bildungsstands der indigenen Völker, das neben dem Recht auf traditionelles Land und Territorien auch die Verhinderung von Diskriminierung, das Recht auf eine selbständige Entwicklung und das Recht auf die Aufrechterhaltung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme indigener Völker einschließt.

Bisher haben 22 Staaten das Übereinkommen ratifiziert. In Europa sind dies die Niederlande, Dänemark, Norwegen und Spanien. Eine Ratifizierung Deutschlands als eine der führenden Industrienationen hätte eine deutliche Signalwirkung auch an andere Länder, die dieses Abkommen bisher nicht ratifiziert haben. Darunter auch solche mit bedeutenden Anteilen an indigener Bevölkerung wie die Vereinigten Staaten, Kanada oder Australien.

Die Globalisierung hat Industrie- sowie Schwellen- und Entwicklungsländer zusammenrücken lassen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Mit Großprojekten verbundene Rechtsverletzungen werden meist von transnationalen Großunternehmen begangen. Gerade Bayern mit dem Sitz vieler großer, international tätiger Unternehmen hat hier eine besondere Verantwortung.